

Vertrag

Zwischen der

Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Weinheim e.V.
Bundesakademie des Bäckerhandwerks
Im Waldschloss / Gornheimer Talstraße 23
69469 Weinheim an der Bergstraße

vertreten durch den Vorstand Michael Wippler und Daniel Schneider

– nachfolgend Auftraggeber genannt –

und der

,

– nachfolgend Auftragnehmer genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

Präambel

Die Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Weinheim e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der von allen Bäckerverbänden getragen wird. Der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks, die 16 Landes- und Innungsverbände sowie deren 11 Bildungseinrichtungen gründeten 2006 die Dachmarke „Akademie Deutsches Bäckerhandwerk“(ADB). Innerhalb der ADB dient der Standort Weinheim als gemeinsame Bildungseinrichtung aller Verbände (inkl. der jeweils zugehörigen Bäckerschulen) und wird als Bundesfachschule geführt. Unter dieser Dachmarke übernimmt die ADB Weinheim u.a. eine wichtige Koordinierungsfunktion, die Entwicklung von Bildungsmaßnahmen sowie die

Organisation der Weiterbildung von Mitarbeiter der zugehörigen Schulen. Die Bildungsstätte ist bundesweit ausgerichtet und bietet ausschließlich Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung an.

Die Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Weinheim e.V. (ADB Weinheim) hat beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) ein Vorhaben zur baulichen Modernisierung des Technologiezentrums, zur energetischen Modernisierung des Gästehauses und zur Schaffung von Parkflächen angezeigt. Beantragt wird die Bezuschussung der Investitionskosten, die sich nach vorliegender Anzeige auf eine Gesamtsumme von 5.800.000,00 € einschl. MwSt. belaufen (4.500.000,00 € Bau- und 1.300.000,00 € Ausstattungskosten). Es ist vorgesehen, die Investition anteilig aus Mitteln des Bundeslandes Baden-Württemberg, des Bundes (BAFA) und aus Eigenmitteln zu finanzieren.

Auf dieser Grundlage werden zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer folgende Regelungen vereinbart:

§ 1 Vertragsgegenstand

1.1 Der Auftragnehmer wird mit den in Anlage _ beschriebenen Planungsleistungen der Leistungsbilder

- Architektur (§ 34 HOAI)
- Freianlagen (§ 39 HOAI)

für das Projekt Vorhaben zur baulichen Modernisierung des Technologiezentrums, zur energetischen Modernisierung des Gästehauses und zur Schaffung von Parkflächen auf dem Grundstück beauftragt; Ziel ist eine für den Auftraggeber schnittstellenfreie, alle Fachbereiche übergreifende und integrierende Gesamtplanung.

1.2 Folgende vorläufige Baubeschreibung aufgrund der Zielsetzung liegt dem Vorhaben zur baulichen Modernisierung des Technologiezentrums, zur energetischen Modernisierung des Gästehauses und zur Schaffung von Parkflächen zugrunde:

Modernisierung und Erweiterung Technologiezentrum

- Energetische Modernisierung des Gebäudes. Der erhöhte Flächenbedarf des Technologiezentrums soll durch eine Erweiterung des Gebäudekomplexes abgedeckt werden.

- Erneuerung und Erweiterung der Lehrbackstuben
- Bereitstellung zusätzlicher Flächen für einen Hygienebereich
- Modernisierung/Erweiterung von Umkleideräume, Büros, Sozialräumen für die Mitarbeiter
- Erweiterung der Lagerflächen

Modernisierung Gästehaus

- Energetische Modernisierung des Gebäudes
- Diverse Maßnahmen im Gebäudeinneren (u.a. Modernisierung der Zimmer, Sozial-/Kellerräume, Elektrik, Heizanlage)
- Neubau von Parkplätzen - Erweiterung der Kapazität an Parkplätzen

§ 2

Vertragsgrundlagen

Soweit dieser Vertrag keine Sonderregelungen enthält, sind in der nachstehenden Geltungsreihenfolge Vertragsgrundlagen:

- 2.1 die Regelungen dieses Vertrages
- 2.2 die Ausschreibungsunterlagen des Vergabeverfahrens
- 2.3 das Protokoll des Verhandlungsgespräches vom nebst Präsentation des Auftragnehmers
- 2.4 das Angebot des Auftragnehmers vom nebst Plänen (Anlage _ ,
- 2.5 die Leistungsbeschreibung vom (Anlage _)
- 2.6 der Rahmenterminplan vom (Anlage _),
- 2.7 die Kostenschätzung vom (Anlage _),
- 2.8 der Lageplan (Anlage _),

- 2.9 die dem Auftragnehmer übergebenen Zeichnungen, Pläne, zusätzlichen Vorbemerkungen bzw. Vorschriften des Auftraggebers, soweit sie für die Planung des Auftragnehmers relevante technische Details enthalten (Anlage _),
- 2.10 die werkvertraglichen Vorschriften des BGB,
- 2.11 die Regelungen der VOB, der VGV, der RBBau, RZBau, ZBau, NBest-Bau, AnBEst-P, § 44 BHO, ANBest-GK, sonstige vergaberechtliche und förderrechtliche Vorschriften,
- 2.12 die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure in der zum Vertragsabschluss gültigen Fassung mit der Maßgabe, dass die Leistungsbilder der HOAI den nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungsumfang in keiner Weise einschränken.

§ 3 Leistungsumfang

- 3.1 Dem Auftragnehmer werden stufenweise alle erforderlichen gesamtplanerischen Leistungen der Leistungsbeschreibung in Anlage 2.5 der Leistungsphasen 1-9 der Architektenleistungen und Leistungsphasen 1-9 der Freianlagenplanung übertragen (siehe § 5 stufenweise Beauftragung), soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Soweit der Auftraggeber einzelne Planungsleistungen, wie Tragwerksplanung, Fachplanungsleistungen TGA, Vermessungsleistungen, Bodengutachten und Brandschutznachweis an andere Auftragnehmer vergeben hat, gehört es zum Leistungsumfang des Auftragnehmers, diese Leistungen zu koordinieren.
- 3.2 Die in Anlage _ bezeichneten Besonderen Leistungen sind mitbeauftragt.
- 3.3 Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ergeben sich im Einzelnen aus der Leistungsbeschreibung des Auftragnehmers (Anlage 2.5). Der Auftragnehmer schuldet die beschriebenen Leistungen unabhängig davon, ob es sich um sog. Grundleistungen oder Besondere Leistungen handelt. Soweit weitere Besondere Leistungen erforderlich sind, um eine vollständige Leistung zu erbringen, sind diese dem Auftraggeber zusätzlich anzubieten.
- 3.4 Der Auftragnehmer stimmt jede von ihm zu erbringende Leistung vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber ab, informiert den Auftraggeber umfassend über die Projektentwicklung und führt rechtzeitige Entscheidungen des Auftraggebers herbei. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer an allen für sein Leistungsbild relevanten Abstimmungsgesprächen mit dem Auftraggeber und mit

Dritten teilzunehmen und Durchschriften des wesentlichen diesen Vertrag betreffenden Schriftverkehrs an den Auftraggeber zu übersenden.

§ 4

Geänderte und Zusätzliche Leistungen

- 4.1 In der Leistungsphase 2 „Vorplanung“ ist der Auftragnehmer auf Anordnung des Auftraggebers verpflichtet, ohne Vergütung geänderte oder zusätzliche Leistungen in gestalterischer, konstruktiver, funktionaler oder wirtschaftlicher Hinsicht zu erbringen, wenn sie keine wesentlichen Änderungen bedeuten. „Wesentlich“ sind Änderungen nur dann, wenn eine Überarbeitung entsprechend dem Leistungsaufwand von 20 % oder mehr der vollständig erbrachten, unveränderten Leistungsphase erforderlich ist.

Auch wesentliche Änderungen muss der Auftragnehmer auf Anordnung des Auftraggebers erbringen. Diese werden dann zusätzlich vergütet. Die zusätzliche Vergütung bestimmt sich nach dem Umfang der geänderten oder zusätzlichen Leistung, und zwar mit der folgenden Maßgabe: Für die erste Änderung wird 50% des Leistungsumfangs angesetzt, für jede weitere Änderung gilt der volle Leistungsumfang.

Verlangt der Auftraggeber nach Fertigstellung der Planung eine völlige Umgestaltung des gesamten Konzepts, so dass es nicht mehr dasselbe Gebäude/Planungskonzept ist, so hat der Auftragnehmer Anspruch auf eine zusätzliche Honorierung der gesamten Leistungsphase.

- 4.2 In der Leistungsphase 3 „Entwurfsplanung“ ist der Auftragnehmer auf Anordnung des Auftraggebers verpflichtet, ohne Vergütung geänderte oder zusätzliche Leistungen in gestalterischer, konstruktiver, funktionaler oder wirtschaftlicher Hinsicht zu erbringen, sofern sie nur noch geringfügig sind. „Nicht geringfügig“ im vorgenannten Sinn sind geänderte oder zusätzliche Leistungen dann, wenn eine Überarbeitung entsprechend einem Leistungsaufwand von 5 % oder mehr der vollständig erbrachten, unveränderten Leistungsphase erforderlich ist.

Auch nicht geringfügige Änderungen muss der Auftragnehmer auf Anordnung des Auftraggebers erbringen. Diese werden dann zusätzlich vergütet. Die zusätzliche Vergütung bestimmt sich nach dem Umfang der geänderten oder zusätzlichen Leistung, und zwar mit der folgenden Maßgabe: Für die erste Änderung wird 50% des Leistungsumfangs angesetzt, für jede weitere Änderung gilt der volle Leistungsumfang.

Sind die geänderten oder zusätzlichen Leistungen nicht nur „mehr als geringfügig“, sondern beruhen sie auch auf grundsätzlich verschiedenen Anforderungen des Auftraggebers, so hat der Auftragnehmer Anspruch auf eine zusätzliche Honorierung der gesamten Leistungsphase.

- 4.3 Geänderte oder zusätzliche Leistungen in der Leistungsphase 4 „Genehmigungsplanung“ auf Anordnung des Auftraggebers muss der Auftragnehmer auch ohne gesonderte Vergütung erbringen.

Beruhend die geänderten oder zusätzlichen Leistungen (einschließlich eventueller Nachträge auf Nachtragsgenehmigungen) auf Umständen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, erhält der Auftragnehmer dafür eine zusätzliche Vergütung, wenn diese geänderte oder zusätzliche Leistung einen nicht unwesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand verursacht. Dies ist dann der Fall, wenn eine Überarbeitung entsprechend einem Leistungsaufwand von 5 % oder mehr der vollständig erbrachten, unveränderten Leistungsphase erforderlich ist. Die zusätzliche Vergütung bestimmt sich nach dem Umfang der geänderten oder zusätzlichen Leistung, und zwar mit der folgenden Maßgabe: Für die erste Änderung wird 50% des Leistungsumfangs angesetzt, für jede weitere Änderung gilt der volle Leistungsumfang.

In der Leistungsphase 5 ist der Auftraggeber jederzeit berechtigt, Änderungen anzuordnen; betreffen die Änderungen einen fertiggestellten Plan, sind sie nach dem Umfang der geänderten oder zusätzlichen Planung zusätzlich zu vergüten; für die erste Änderung werden 50 % des Leistungsumfangs angesetzt, für jede weitere Änderung gilt der volle Leistungsumfang.

- 4.4 In der Leistungsphase 6 schuldet der Auftragnehmer die Aufstellung detaillierter gewerkeweiser Leistungsverzeichnisse zur Vorbereitung der Ausschreibungen. Die Erstellung der Leistungsverzeichnisse erfolgt in Abstimmung der zu verwendenden Baumaterialien. Der Auftragnehmer hat zunächst dem Auftraggeber Vorschläge zu unterbreiten, damit dieser sich für ein Material entscheiden kann.

Soweit weitere Besondere Leistungen erforderlich sind, um die oben beschriebene Leistung zu erbringen, sind diese dem Auftraggeber anzubieten.

Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, Änderungen der Leistungsverzeichnisse, auch eine völlige Neuaufstellung, anzuordnen und zu verlangen. Der Auftragnehmer ist daraufhin verpflichtet, die vom Auftraggeber begehrte Leistung zu erbringen. Die zusätzliche Vergütung dafür bestimmt sich nach dem Umfang der geänderten oder zusätzlichen Leistungsverzeichnisse; für die erste Änderung werden 50 % des Leistungsumfangs angesetzt, für jede weitere Änderung gilt der volle Leistungsumfang.

- 4.5 Der Auftragnehmer prüft die Ausführungspläne und die Ausführung durch die beauftragten Unternehmer auf Übereinstimmung mit seiner Planung. Geänderte oder zusätzliche Leistungen in der Leistungsphase 8 auf Anordnung des Auftraggebers muss der Auftragnehmer auch ohne gesonderte Vergütung erbringen; das gilt nicht für vollständige Wiederholungsleistungen oder ein geändertes Bauvorhaben.
- 4.6 In allen Fällen, in denen der Auftragnehmer nach Maßgabe der Regelungen in den vorhergehenden Ziffern zusätzliches Honorar erhält, ist Anspruchsvoraussetzung, dass der Auftragnehmer dem Auftraggeber vor Beginn der Arbeit mit geänderten oder zusätzlichen Leistungen schriftlich ankündigt, dass die Anordnung des Auftraggebers zusätzliches Honorar auslöst. Weitere Voraussetzung ist, dass der Auftraggeber daraufhin die zusätzliche Honorierung dem Grunde nach schriftlich bestätigt. Verweigert der Auftraggeber trotz eigener Anordnung und trotz Ankündigung des Auftragnehmers das Anerkenntnis der Honorierung dem Grunde nach, ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, die geänderten oder zusätzlichen Leistungen auszuführen. Übersteigt das zusätzliche Honorarvolumen, das der Auftraggeber nur dem Grunde nach bestätigt hat, die Grenze von 8 % des Gesamthonorars, endet die Vorleistungspflicht des Auftragnehmers auf nur dem Grunde nach angeordnete zusätzliche Leistungen.
- 4.7 Der Auftragnehmer hat Entscheidungen des Auftraggebers, soweit sie bei der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Rahmen des Terminplans rechtzeitig einzufordern. Als Entscheidungsfrist sind dem Auftraggeber maximal fünf Werktage einzuräumen.

§ 5

Stufenweise Beauftragung

- 5.1 Der Auftraggeber beabsichtigt, das Projekt nach Einzelgewerken auszuschreiben und abzuwickeln. Gegebenenfalls wird der Auftragnehmer mit den Leistungsphasen 6 – 9 beauftragt. Der Auftraggeber behält sich einen Auftrag an den Generalunternehmer für die Leistungsphasen 6 – 9 vor. Im Falle der GU-Vergabe werden die Parteien prüfen, ob das Leistungsbild insofern angepasst werden kann; für die Besonderen Leistungen der Anlage 2.5 gilt Ziff. 3.2.
- 5.2 Die Leistungen werden in zwei Stufen beauftragt und sind auf eine entsprechende Projektabwicklung abgestimmt. Stufe 1 beinhaltet die gesamtplanerischen Leistungen der Leistungsphasen 1 – 4. Die Stufe 2 ist die Ausführungsplanung Leistungsphase 5, die Vorbereitung der Vergabe und die Durchführung/Mitwirkung bei der Vergabe, Leistungsphasen 6 und 7. die Objektüberwachung

(Bauüberwachung und Dokumentation) Phase 8, sowie die Objektbetreuung, Phase 9.

- 5.3 Die Beauftragung erfolgt zunächst nur für die Stufe 1. Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftragnehmer mit der Stufe 2 zu den Bedingungen dieses Vertrages zu beauftragen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf die Beauftragung mit den Leistungen der Stufe 2 besteht nicht. Eine ununterbrochene Leistung ist nur gewährleistet, wenn der AG die Leistungen der weiteren Stufen spätestens wie folgt beauftragt:

5.3.1 Stufe 2 am

- 5.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn sie ihm vom Auftraggeber innerhalb von 3 Monaten nach Fertigstellung der bisher in Auftrag gegebenen Leistungen schriftlich übertragen werden.

§ 6

Vergütung der Leistungen

- 6.1 Für die dem Auftragnehmer gemäß diesem Vertrag übertragenen Leistungen vereinbaren die Parteien folgendes Honorar:

- Die Leistungen des Leistungsbildes Gebäude in den raumbildenden Ausbauten (§ 34 HOAI) werden gemäß § 35 Abs. 1 HOAI mit Honorarzone vergütet.
- Die Leistungen des Leistungsbildes Freianlagen (§ 39 HOAI) werden gemäß § 40 Abs. 1 HOAI mit Honorarzone..... vergütet.

Für Leistungen des Leistungsbildes Gebäude (§ 34 HOAI) werden folgende Prozentsätze zugrunde gelegt.

Grundleistungen:

v.H.-Satz

Grundlagenermittlung	LP 1	2 %	2 %
Vorplanung	LP 2	7 %	7 %
Entwurfsplanung	LP 3	15 %	15 %
Genehmigungsplanung	LP 4	3 %	3 %
Ausführungsplanung	LP 5	25 %	25 %
Vorbereitung der Vergabe	LP 6	10 %	10 %

Mitwirkung bei der Vergabe	LP 7	4 %	4 %
Objektüberwachung	LP 8	32 %	32 %
Objektbetreuung	LP 9	2 %	<u>2 %</u>
			<u>100 %</u>

Für Leistungen des Leistungsbildes Freianlagen (39 HOAI) werden folgende Prozentsätze zu Grunde gelegt.

Grundleistungen:

			v.H.-Satz
Grundlagenermittlung	LP 1	3 %	3 %
Vorplanung	LP 2	10 %	10 %
Entwurfsplanung	LP 3	16 %	16 %
Genehmigungsplanung	LP 4	4 %	4 %
Ausführungsplanung	LP 5	25 %	25 %
Vorbereitung der Vergabe	LP 6	7 %	7 %
Mitwirkung bei der Vergabe	LP 7	3 %	3 %
Objektüberwachung	LP 8	30 %	30 %
Objektbetreuung	LP 9	2 %	<u>2 %</u>
			<u>100 %</u>

- 6.2 Für die Besonderen Leistungen gelten die Vereinbarungen im Honorarangebot des Auftragnehmers (Anlage).
- 6.3 Vorbereitende oder koordinierende Leistungen des Auftragnehmers zu den anderweitig vergebenen Leistungen Tragwerksplanung, Vermessung, Brandschutz und Bodengutachten werden nicht gesondert vergütet, sondern sind im Rahmen der vorerwähnten Honorare mitenthalten.
- 6.4 Die anrechenbaren Kosten werden gemäß § 4 Abs. 1 HOAI auf der Grundlage der voraussichtlichen Herstellungskosten, 2. Gliederungsstufe (DIN 276 in der Fassung von Dezember 2008 - DIN 276-1:2008-12) nach Kostenberechnung ermittelt (§ 6 Abs. 1 HOAI). Wenn die Grundleistungen einer Leistungsphase für alle Gebäudeteile des Objekts beauftragt sind, so hat die Honorarberechnung für Gebäude aus der Gesamtsumme der berechneten anrechenbaren Kosten zu erfolgen.

- 6.5 Die Nebenkosten gemäß § 14 HOAI werden mit pauschal % des in Abs. 1 vereinbarten Honorars berechnet. Hierzu zählen auch Lichtpausen, Vervielfältigungen usw. Etwaige Reisekosten werden dem Auftragnehmer nicht gesondert erstattet.
- 6.6 Werden Architektenleistungen (§ 34 HOAI) vereinbarungsgemäß nach Zeitaufwand vergütet, gelten die Stundensätze nach dem Honorarangebot des Auftragnehmers (Anlage).

Abrechnungen für Leistungen nach Zeitaufwand bedürfen der vorherigen Anmeldung und der gesonderten schriftlichen Beauftragung durch den Auftraggeber. Der Zeitaufwand ist durch Stundenbelege nachzuweisen und monatlich abzurechnen.

§ 7 Zahlungen

- 7.1 Für den Fall, dass ein Zahlungsplan nicht vereinbart wird, ist der Auftragnehmer berechtigt, Abschlagszahlungen für nachgewiesene Leistungen zu stellen. Abschlagsrechnungen werden 7 Werktage nach Eingang zur Zahlung fällig.
- 7.2 Mit Abschlagszahlungen werden bis zu 95 % des für die nachgewiesenen Leistungen zustehenden Honorars – vorbehaltlich der Anerkennung der Vertragserfüllung – gewährt. Die restlichen 5 % werden mit der Schlussrechnung bzw. Teilschlussrechnung vergütet. Die erste Teilschlussrechnung wird nach LP 4 gestellt, eine weitere Teilschlussrechnung nach LP 8; die Schlussrechnung wird nach vollständiger Leistung in allen Leistungsphasen gestellt.
- 7.3 Rechnungen sind nach ihrem Zweck als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen und durchlaufend zu nummerieren und müssen kumulierend aufeinander aufbauen. Der Rechnungsbetrag ist in der Rechnung entsprechend der Honorargliederung des Vertrages bzw. den Vorgaben des Zahlungsplans prüfbar darzustellen.

§ 8 Planliste, Terminplan

- 8.1 Der Auftragnehmer hat seine Leistungen auf der Grundlage des Rahmenterminplans (Anlage...) zu erbringen und fertig zu stellen. Der Rahmenterminplan wird anlassweise aktualisiert. Der Auftragnehmer hat die ihm

übertragenen Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, dass Planung und Durchführung der Baumaßnahme nicht aufgehalten oder verzögert werden.

- 8.2 Auf der Grundlage des Rahmenterminplans wird der Auftragnehmer einen Planungsterminplan für die jeweils bearbeiteten Leistungsphasen aufstellen, mit den anderen an der Planung Beteiligten und dem Auftraggeber abstimmen. Dieser Planungsterminplan soll für alle Beteiligten verbindlich werden; der Auftraggeber wirkt daran mit.
- 8.3 Als verbindlicher Liefertermin für die Übergabe der Genehmigungsplanung an den Auftraggeber (vor Prüflauf durch den Auftraggeber und Fördermittelgeber,) wird der vereinbart.
- 8.4 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber von drohenden oder eintretenden Leistungsverzögerungen, die für einen Leistungsbereich des Auftragnehmers relevant sind, unverzüglich und schriftlich zu unterrichten, unabhängig davon, ob er diese zu vertreten hat oder nicht. Der Auftraggeber und der Auftragnehmer stellen fest, ob und in welchem Umfang eine Leistungsverzögerung vorliegt und wie dieser entgegengesteuert werden kann. Der Auftragnehmer hat hierzu Vorschläge zu unterbreiten. Das Recht des Auftraggebers, unabhängig von einer solchen gemeinsamen Feststellung Anordnungen gleich welcher Art zu treffen, bleibt unberührt.
- 8.5 Im Interesse einer laufenden Terminkontrolle wird der Auftragnehmer regelmäßig, mindestens monatlich, Terminkontrollberichte erstatten und über die aktuelle Terminsituation (Soll-Ist-Vergleich zum Rahmenterminplan) berichten sowie Erläuterungen dazu liefern.

§ 9

Pflichten des Auftraggebers

- 9.1 Der Auftraggeber fördert die Planung und Durchführung der Aufgabe, insbesondere wird er alle anstehenden Fragen auf berechtigtes Verlangen des Auftragnehmers unverzüglich entscheiden.
- 9.2 Als Auftraggeber erstellt er nach der Baustellenverordnung für den Sicherheits- und Gesundheitsschutz einen SiGePlan (Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Plan) und bestellt einen SiGeKo (Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator).
- 9.3 Die gemäß dieses Vertrages notwendigen Sonderfachleute (insbesondere Baugrund, Tragwerk, Brandschutz, Bauphysik) werden nach Beratung mit dem

Auftragnehmer durch den Auftraggeber beauftragt; von den rechtzeitigen Leistungen dieser Sonderfachleute hängen die Leistungen des Auftragnehmers ab.

§ 10

Pflichten des Auftragnehmers

- 10.1 Die Leistungen des Auftragnehmers müssen den anerkannten Regeln der Technik sowie den einschlägigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen und sonstigen einschlägigen technischen Bestimmungen und Richtlinien entsprechen („Regelstand“). Es gilt der Regelstand im Zeitpunkt des Baugenehmigungsantrags, soweit die Planungsinhalte Bestandteil der Baugenehmigung werden. Für alle anderen Planungsinhalte gilt der Zeitpunkt der Ausschreibung der Bauleistungen (Versendung der Leistungsverzeichnisse), wenn der Auftragnehmer damit beauftragt wird; im Falle der GU-Vergabe gilt der Zeitpunkt der Übergabe der Planungsunterlagen an den GU. Soweit sich die Regelvorgaben danach ändern, ist der Auftragnehmer dazu verpflichtet, den Auftraggeber auf die Änderung hinzuweisen, damit der Auftraggeber entscheiden kann, ob Planung, Ausschreibung und Ausführung geändert werden sollen; das gilt nicht im Falle der GU-Vergabe.
- 10.2 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Anforderung über seine Leistung unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen. Zum Abschluss einer Leistungsphase werden die Leistungsergebnisse zusammengestellt präsentiert und vom Auftraggeber freigegeben.
- 10.3 Als Sachwalter des Auftraggebers darf der Auftragnehmer keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten.
- 10.4 Der Auftragnehmer hat seiner Planung die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Er hat seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den anderen fachlich Beteiligten abzustimmen. Der Auftragnehmer hat sich rechtzeitig zu vergewissern, dass seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken nicht entgegenstehen. Die Leistungen des Auftragnehmers, seine Verantwortlichkeit und seine Haftung werden nicht davon berührt, dass der Auftraggeber sich etwa über Dritte (Fachplaner, Gutachter, etc.) an der Planung und Realisierung des Projektes beteiligt; die Haftung des Auftragnehmers ist auf die eigenen Leistungen (einschließlich der Prüfungspflichten zu Drittplanungen) begrenzt, und die gesetzlichen Regelungen zu Mitverschulden (§ 254 BGB) und Gesamtschuld (§ 421 BGB) bleiben unberührt.

10.5 Der Auftragnehmer hat seine Leistungen unter besonderer und ständiger Beachtung der Erfordernisse der Wirtschaftlichkeit – sowohl in Bezug auf die Herstellung als auch auf den späteren Betrieb soweit die Leistungen des Auftragnehmers betroffen sind – zu erbringen.

10.6 Der AN hat folgende Kosten als Baukostenobergrenze im Sinne einer Beschaffenheitsvereinbarung des geschuldeten Werkes einzuhalten:

Gesamtkosten, d.h. Kosten, die sich als Summe aus allen Kostengruppen ergeben, iSv.der DIN 276-1

Bauwerkskosten gem. Ziff. 2.11 der DIN 276-1 (Kostengruppen 300 und 400):

.....

Bauwerkskosten einzelner Gewerke/Anlagen aus den Kostengruppen 300 und 400 auf der Basis des Kostenrahmens iSv Ziffer 2.4.1 DIN 276-1

Unabhängig von der Kostenobergrenzen hat der Auftragnehmer alle Maßnahmen zu ergreifen, die unter Beachtung der Qualitäts- und Quantitätsziele sowie der Einhaltung der Termine, der Beachtung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit möglich sind.

Erkennt der Auftragnehmer, dass die vorgenannten Kostengrenzen nicht eingehalten werden, hat er den Auftraggeber unverzüglich schriftlich darüber in Kenntnis zu setzen, die Ursachen der Kostenüberschreitung mitzuteilen und Vorschläge zu unterbreiten, welche Möglichkeiten der Kosteneinsparung unter Beachtung der Einhaltung der Qualität, Quantität und der Termine bestehen, welche Auswirkungen diese Maßnahme haben und welche Maßnahmen hierfür erforderlich sind.

10.7 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, an den von dem Auftraggeber routinemäßig und gesondert festgesetzten Projektbesprechungen am Ort des Bauvorhabens oder an anderen Standorten teilzunehmen.

10.8 Vom Auftragnehmer wird als verantwortlicher Ansprechpartnerbenannt, als Vertreter Der Ansprechpartner bzw. sein Vertreter hat die Aufgabe, die Leistungen des Auftragnehmers fachlich zu leiten, intern zu koordinieren und den Informationsaustausch mit dem Auftraggeber durchzuführen. Sie nehmen – einzeln oder gemeinsam – an allen Besprechungen des Auftragnehmers mit dem Auftraggeber, mit den fachlich Beteiligten und mit sonstigen Dritten teil, soweit diese Besprechungen den Aufgabenbereich des Auftragnehmers berühren. Sie vermitteln

die dabei erhaltenen Informationen intern an die zuständigen Stellen oder sorgen dafür, dass diese mit ihnen zusammen an den jeweiligen Gesprächen teilnehmen. Der verantwortliche Ansprechpartner des Auftragnehmers wird nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers oder auf dessen Wunsch abgelöst. Die Bestellung des Nachfolgers bedarf ebenfalls der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. In beiden Fällen darf die Zustimmung nicht ohne wichtigen Grund verweigert werden.

- 10.9 Der Auftragnehmer hat über seine Leistungen und die ihm bei Vertragserfüllung bekannt gewordenen Vorgänge – soweit sie vertraulich sind – Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren. Dies gilt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses. Dritte sind nicht die anderen an der Planung und Ausführung Beteiligten.
- 10.10 Um sicherzustellen, dass der Verwirklichung seiner Planung keine Hindernisse entgegenstehen, wird der Auftragnehmer im erforderlichen Umfang fortlaufend Verbindung mit den zuständigen Genehmigungs- und Fachbehörden sowie den sonst in Betracht kommenden Behörden und Stellen halten und mit diesen die Planung abstimmen. Von bevorstehenden Verhandlungen mit diesen Behörden und diesen Stellen wird er den Auftraggeber unverzüglich unterrichten um ihm Gelegenheit zu geben, hieran nach eigenem Ermessen teilzunehmen. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber fortlaufend und unverzüglich über seine Gespräche mit diesen Behörden und Stellen insbesondere durch Übermittlung von Besprechungsniederschriften informieren. Er wird dem Auftraggeber jedweden einschlägigen Schriftverkehr in Kopie zuleiten. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber an den Gesprächen teilgenommen hat. Von Genehmigungs- und Fachbehörden oder anderen zuständigen Stellen dem Auftraggeber gemachte Auflagen sind vom Auftragnehmer zu befolgen. Stehen solche Auflagen im Widerspruch zu Festlegungen in den Vertragsunterlagen oder zu Anordnungen oder Anregungen des Auftraggebers oder berühren sie die Konzeption in einer nicht unwesentlichen Form, so wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber und über die möglichen Konsequenzen unverzüglich informieren und die Entscheidung des Auftraggebers einholen, bevor die betroffene Planung weiter bearbeitet wird. Die Entscheidung wird dem Auftragnehmer schnellstmöglich mitgeteilt.
- 10.11 Der Auftragnehmer hat bei seinen Leistungserbringungen Festlegungen des Auftraggebers zu berücksichtigen und in die Ergebnisunterlagen einzuarbeiten und/oder diesen beizufügen. Von allen Abstimmungsgesprächen und fachübergreifenden Festlegungen sind vom Auftragnehmer Niederschriften anzufertigen und dem Auftraggeber, auch wenn dieser teilgenommen oder mitgewirkt hat, zur Information und Dokumentation der Vorgänge spätestens vier Werktage nach dem jeweiligen Gespräch zu übergeben. Weiterhin hat der

Auftragnehmer etwaige Bedenken zu Festlegungen des Auftraggebers unverzüglich mitzuteilen. Er hat seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit allen fachlich Beteiligten abzustimmen. Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, über Besprechungen mit fachlich Beteiligten und sonstigen Projektbeteiligten Niederschriften in einem dem Besprechungsinhalt angemessenen Umfang anzufertigen und dem Auftraggeber binnen vier Werktagen zu übermitteln.

- 10.12 Der Auftragnehmer hat bei Bedarf (z.B. Bedenken ausführender Unternehmen oder Planungsbeteiligter, Hinweise/Anregungen des Auftraggebers, Behördeneinwände) alternative Konstruktions- oder Planungsdetails zu überprüfen bzw. zu erarbeiten und aufzuzeigen unter Beachtung der Kostenoptimierung und Baurationalisierung. Hierbei sind ggf. andere an der Planung bzw. Ausführung Beteiligte einzubeziehen oder dem Auftraggeber die Hinzuziehung von (weiteren) Sonderfachleuten zu empfehlen.
- 10.13 Hat der Auftragnehmer gegen die Anwendung der im Vertrag oder deren Anlagen aufgeführten Unterlagen oder die einzuhaltenden Bestimmungen und Richtlinien Bedenken oder stellt er Lücken, Überschneidungen oder Widersprüche fest, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich hierauf schriftlich hinweisen; dasselbe gilt, wenn der Auftragnehmer durch solche Vorgänge oder ausstehende Leistungen Dritter oder ähnliches in seinen Leistungen behindert ist. Der Auftraggeber wird in solchen Fällen schnellstmöglich eine verbindliche Entscheidung treffen bzw. die Behinderung ausräumen. Angaben und Festlegungen im Vertrag, den Anlagen zum Vertrag und den sonstigen aufgeführten Unterlagen sowie in etwa zukünftigen hinzutretenden Vertragsunterlagen entbinden den Auftragnehmer nicht von seiner Verpflichtung zur selbständigen Prüfung und von seiner Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihm geschuldeten Leistungen.
- 10.14 Bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber seine zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Arbeitsergebnisse und sonstigen Arbeitsunterlagen in ihrer letzten Fassung zu übergeben. Bei Zeichnungen zeichnet der Auftragnehmer als „Planverfasser“. Bei den übrigen Unterlagen zeichnet er als „Verfasser“. Der Auftragnehmer kann sich bei der Unterzeichnung durch solche Mitarbeiter vertreten lassen, die er dem Auftraggeber zuvor schriftlich als hierzu ermächtigt benannt hat.

§ 11

Interessenwahrnehmung

Der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers ausschließlich im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den Auftraggeber unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche liegt allein beim Auftraggeber. Der Auftragnehmer hat keine Vollmacht, finanzielle Verpflichtungen für den Auftraggeber einzugehen. Ebenso wenig hat er Vollmacht für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise. Sämtliche Vergaben erfolgen ausschließlich durch den Auftraggeber.

§ 12

Urheber- und Nutzungsrecht

Nutzungsrechte werden durch diesen Vertrag grundsätzlich nicht übertragen. Die Nutzung der vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen oder Leistungsteile wird dem Auftraggeber unwiderruflich und honorarfrei für den Fall gestattet, dass die Leistungen des Auftragnehmers urheberrechtlich schutzfähig sind.

§ 13

Aushändigung von Unterlagen

Die vom Auftragnehmer gefertigten und beschafften Unterlagen (Pläne, Zeichnungen, Dokumentationen etc.) sind dem Auftraggeber nach den Anforderungen des Auftraggebers auszuhändigen. Sie werden sein Eigentum. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers ist ausgeschlossen. Die dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind dem Auftraggeber spätestens nach Erfüllung des Auftrages zurückzugeben.

§ 14

Kündigung

- 14.1 Der Auftraggeber kann den Vertrag über die gesetzlichen Rücktrittsrechte hinaus jederzeit aus wichtigem Grund kündigen. Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt insbesondere vor, wenn der Auftraggeber seine Planungs- und/oder Bauabsichten für das Bauvorhaben aufgeben muss, er das Baugrundstück an einen Dritten veräußert, wenn der Auftragnehmer seine Zahlungen eingestellt hat, das

Insolvenzverfahren über sein Vermögen beantragt worden oder die Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers aus anderen Gründen so nachhaltig beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen in die weitere vertragsgerechte Erfüllung nicht mehr besteht.

Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt auch dann vor, wenn der Auftragnehmer es unterlässt, einer bindenden Weisung des Auftraggebers nachzukommen oder nachhaltig die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen vernachlässigt bzw. unterlässt und ihn der Auftraggeber schriftlich unter Benennung der zu beanstandenden Umstände abgemahnt und der Auftragnehmer nicht unverzüglich nach Zugang der Abmahnung die beanstandeten Umstände behoben hat oder wenn andere Umstände gegeben sind, die es dem Auftraggeber unzumutbar machen, das Vertragsverhältnis mit dem Auftragnehmer fortzusetzen oder wenn das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände erheblich und nachhaltig gestört ist.

Im Falle wiederholter Terminüberschreitungen durch den Auftragnehmer ist der Auftraggeber nach erfolgloser Setzung einer angemessenen Frist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen und die Ausführung aller vertraglich vereinbarten Leistungen des Auftragnehmers an Dritte auf Kosten des Auftragnehmers zu übertragen sowie Schadensersatz statt der Leistung geltend zu machen.

- 14.2 Der Auftragnehmer kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen. Ein solcher Grund liegt insbesondere vor, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener und vom Auftraggeber zu vertretender Umstände erheblich und nachhaltig gestört ist oder wenn der Auftraggeber eine ihm obliegende wesentliche Mitwirkung trotz Fristsetzungen und Nachfristsetzungen unterlässt und dadurch den Auftragnehmer wesentlich behindert, seine Leistungen vertragsgerecht auszuführen oder wenn der Auftraggeber mit einer fälligen Zahlung in Verzug gerät und trotz Mahnung ausstehende Zahlungen nicht leistet. Bei Streit über die Berechtigung der Höhe eines fälligen Zahlungsanspruchs ist eine Kündigung ausgeschlossen, wenn der Auftraggeber berechtigte Gründe für einen Einbehalt darlegt und den nach seiner Auffassung berechtigten Vergütungsanteil bezahlt.
- 14.3 In allen Fällen einer Kündigung aus wichtigem Grund bedarf es vor Ausspruch einer entsprechenden Kündigung einer vorherigen angemessenen Nachfristsetzung mit gleichzeitiger Kündigungsandrohung. Bei der Kündigung aus wichtigem Grund sind die maßgeblichen Umstände und der wichtige Grund im Kündigungsschreiben näher darzulegen und zu erläutern. Versäumt die kündigende Partei dies, ist der jeweilige andere Vertragspartner berechtigt, eine angemessene Frist zur

Begründung der Kündigung zu setzen. Im Falle des fruchtlosen Fristablaufs ist die Kündigung unwirksam.

- 14.4 Dem Auftragnehmer steht bei einer freien Kündigung des Auftraggebers oder bei einer Kündigung des Vertrages durch den Auftragnehmer aus einem wichtigen Grund, den der Auftraggeber zu vertreten hat, die vereinbarte Vergütung für die erbrachten und daneben für die beauftragten, jedoch wegen der Kündigung nicht mehr erbrachten Leistungen zu (im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund als Schadensersatz). Der Auftragnehmer muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart hat oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.

Die als Ersparnis in Abzug zu bringenden Aufwendungen werden in Anlehnung an die gesetzliche Vermutung des § 649 Satz 3 BGB auf 50% des auf die nicht mehr erbrachten Leistungen entfallenden Honorars pauschaliert und festgelegt. Beiden Parteien bleibt jedoch vorbehalten, einen jeweils höheren oder niedrigeren Anteil der ersparten Aufwendungen nachzuweisen.

Etwaige, infolge der Kündigung vom Auftragnehmer angenommene Ersatzaufträge oder böswillig nicht angenommene Ersatzaufträge sind nicht zu berücksichtigen, wenn der Auftragnehmer sich 50% der Vergütung für den nicht mehr erbrachten, jedoch beauftragten Leistungsteil als ersparte Aufwendungen abziehen lässt.

Andernfalls steht dem Auftraggeber das Recht zu, sich auf anderweitigen Erwerb zu berufen. Im Übrigen ist die Vergütung für sämtliche Änderungs- und Zusatzleistungen als Kompensation auf den bestehenden restlichen Vergütungsanspruch für nicht erbrachte Leistungen anzurechnen, wenn der Auftragnehmer über die gesetzliche Vermutung hinaus Ansprüche geltend macht.

Will der Auftraggeber einen Abzug wegen Erwerbs durch anderweitige Verwendung der Arbeitskraft des Auftragnehmers oder böswilliger Unterlassung anderweitigen Erwerbs vornehmen, so trägt er insoweit dem Grunde und der Höhe nach die Beweislast. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung des Auftragnehmers, etwaige Ersatzeinkünfte wegen einer möglichen anderweitigen Verwendung seiner Arbeitskraft und die seiner Mitarbeiter und Angestellten offen zu legen und einen etwaigen Nichterwerb eidesstattlich zu versichern.

- 14.5 In allen anderen Fällen einer Kündigung, also wenn der Vertrag vom Auftraggeber aus einem Grund gekündigt, den der Auftragnehmer zu vertreten hat, oder wenn der Auftraggeber aus einem wichtigen Grund gem. § 13 Abs. 1 dieses Vertrages kündigt, oder wenn der Auftragnehmer aus einem wichtigen Grund kündigt, den der Auftraggeber nicht zu vertreten hat, sind nur die bis dahin vertragsgemäß

erbrachten, in sich abgeschlossenen und vom Auftragnehmer nachgewiesenen Leistungen zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Im Falle einer Kündigung vom Auftraggeber aus einem Grund, den der Auftragnehmer zu vertreten hat, besteht dieser Anspruch nur dann, wenn die erbrachten Leistungen für den Auftraggeber auch tatsächlich verwertet sind und verwertet werden.

§ 15

Mängelansprüche

- 15.1 Die Mängelansprüche richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts (§§ 631 ff. BGB), soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- 15.2 Die Haftung des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Anerkennung oder Zustimmung des Auftraggebers nicht berührt.
- 15.3 Der Auftragnehmer haftet insbesondere dafür, dass seine Leistungen den Regelvorgaben (Ziff. 10.1) entsprechen. Der Auftragnehmer sichert zu, dass die in seinem Verantwortungsbereich erstellten Kostenermittlungen richtig sind.
- 15.4 Tritt ein vom Auftragnehmer schuldhaft verursachter Schaden auf, ist der Auftraggeber berechtigt, Schadensersatz zu verlangen. Soweit dies mit dem Baugeschehen vereinbart werden kann und der Schaden nicht einen Rückschluss auf die Unzuverlässigkeit des Auftragnehmers zulässt, wird sich der Auftraggeber bereit erklären, dem Auftragnehmer etwaige mit der Schadensbeseitigung verbundene Architekten- und Ingenieurleistungen zu übertragen. Ein zusätzliches Entgelt erhält der Auftragnehmer hierfür nicht. Das Recht des Auftragnehmers auf Übertragung von Architekten- und Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit der Schadensbeseitigung erlischt, wenn der Auftragnehmer sich nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Eintritt des Schadens schriftlich zur Übernahme der im Zusammenhang mit der Schadensbeseitigung anfallenden Architekten- und Ingenieurleistungen ohne weiteres Entgelt anbietet.

§ 16

Verjährung

Die Verjährung der Ansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit der Ausführung aller Leistungen beginnt mit der Abnahme der letzten nach dem Vertrag zu erbringenden Leistung des Auftragnehmers bzw. für die Leistungen bis einschließlich der Leistungsphase 8 mit der Teilabnahme nach der Leistungsphase 8. Der Anspruch des Auftraggebers auf Beseitigung eines Mangels des Werkes sowie wegen des Mangels dem Auftraggeber zustehenden Ansprüche auf Rücktritt, Minderung oder Schadensersatz verjährt, sofern nicht der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat, in fünf Jahren.

§ 17

Haftpflichtversicherung

17.1 Zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Vertrag hat der Auftragnehmer unverzüglich nach Vertragsabschluss eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen. Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen je Schadensereignis mindestens betragen:

- Für Personenschäden: 3 Mio. €
- Für sonstige Schäden: 3 Mio. €.

Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, bei Bestehen von Haftpflichtversicherungen mit höheren als den vorstehend aufgeführten Deckungssummen, diese für den gegenständlichen Vertrag zu vermindern. Der Auftragnehmer wird seinen etwaigen Nachauftragnehmern ebenfalls eine dieser Regelung entsprechende Deckung abverlangen.

17.2 Der Auftragnehmer hat den Versicherungsschutz durch ein an den Auftraggeber gerichtetes Bestätigungsschreiben seines Versicherers nachzuweisen und den Auftraggeber während der Laufzeit dieses Vertrages unverzüglich unmittelbar zu unterrichten, wenn der Versicherungsschutz – gleich aus welchem Rechtsgrund – nicht mehr oder nicht mehr in bestätigter Höhe besteht.

17.3 Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

17.4 Der Auftragnehmer tritt hiermit seine Erstattungsansprüche gegen die Haftpflichtversicherung erfüllungshalber an den Auftraggeber ab, soweit dem

Auftraggeber aufgrund einer rechtskräftigen Entscheidung eines Gerichts, eines gerichtlichen Vergleichs oder einer außergerichtlichen Einigung, der die Versicherung zugestimmt hat, Ansprüche gegen den Generalplaner zustehen. Diese Abtretung erfolgt vorbehaltlich einer etwa notwendigen Zustimmung der Versicherung. Der Auftraggeber nimmt diese Abtretung an.

- 17.5 Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Versicherungen mit einer erhöhte Deckung von jeweils 5 Mio. € abzuschließen. Weist der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine solche erhöhte Versicherungssumme nach, ist die Haftung des Auftragnehmers auf die versicherten Ansprüche dem Grunde und der Höhe nach begrenzt. Der Auftraggeber erstattet dem Auftragnehmer die Hälfte der Prämien Differenz zwischen der einfachen Versicherungssumme nach Ziff. 17.1 und der erhöhten Deckungssumme von 5 Mio. €.

§ 18

Streitigkeiten, Schlichtungsverfahren

- 18.1 Streitfälle berechtigen die Vertragsparteien nicht, ihre Mitwirkung an der Vertragserfüllung einzustellen. Insbesondere ist der Auftragnehmer nicht zur Einstellung seiner Arbeiten oder zur Zurückbehaltung von Leistungen und Unterlagen berechtigt. Etwas anderes gilt nur, wenn den Parteien aufgrund vertraglicher oder gesetzlicher Vorschriften ein Zurückbehaltungsrecht zusteht.
- 18.2 Im Falle von Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag werden die Parteien prüfen, ob sich die Streitigkeit für ein Schlichtungsverfahren und ggf. anschließend ein Schiedsgerichtsverfahren gemäß der Schlichtungs- bzw. Schiedsgerichtsordnung für Bausachen (SchliO Bau bzw. SGO Bau, www.baurecht-ges.de) eignet (Komplexität, Angemessenheit etc.). Auch können sie den Schlichtungsausschuss einer Architektenkammer anrufen. Schließlich werden sie vor jeder Inanspruchnahme des ordentlichen Rechtswegs einander auffordern zu erklären, ob sie zu einer Mediation bereit sind. Das gilt nicht für einstweiligen Rechtsschutz.

§ 19

Schlussbestimmungen

- 19.1 Dieser Vertrag selbst sowie Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für diese Schriftformklausel selbst.

- 19.2 Gerichtsstand ist Weinheim.
- 19.3 Der Auftraggeber ist berechtigt, seine Befugnisse nach diesem Vertrag bzw. den Vertrag insgesamt jederzeit ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen. Die Verpflichtung des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer zur Erfüllung aller nach diesem Vertrag vom Auftraggeber übernommenen Vertragspflichten wird hierdurch nicht berührt. Überträgt der Auftraggeber seine Befugnisse auf Dritte, so hat er sich deren Erklärungen und Handlungen so zurechnen zu lassen, als wären es seine eigenen Erklärungen und Handlungen.
- 19.4 Die Abtretung von Honoraransprüchen sowie sonstiger Ansprüche aus der Abwicklung des Vertragsverhältnisses seitens des Generalplaners an Dritte ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers wirksam. Gemäß § 354a HGB führt diese Regelung dazu, dass eine gleichwohl erfolgte Abtretung zwar zulässig ist, der Auftraggeber aber nach wie vor mit befreiender Wirkung an den bisherigen Gläubiger zahlen kann.
- 19.5 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages rechtsunwirksam sein, so wird dadurch die Rechtswirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien sind in diesem Fall verpflichtet, die rechtsunwirksame Vertragsbestimmung dahingehend umzudeuten oder zu ergänzen, dass der mit der unwirksamen Bestimmung zum Ausdruck gekommene Parteiwille unter Einbeziehung der beabsichtigten wirtschaftlichen Zwecke erreicht wird. Entsprechendes gilt, wenn sich bei der Durchführung dieses Vertrages eine Regelungslücke ergeben sollte.

Weinheim,,

Auftraggeber

Auftragnehmer